

Wahlprüfsteine des Caravaning-Industrie Verband e.V.

zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2026

Antworten: **SPD – Rheinland-Pfalz**

Unsere Fragen

1. Caravaning und Tourismusentwicklung

Welche Rolle soll Caravaning nach Auffassung Ihrer Partei künftig im Tourismus Rheinland-Pfalz spielen – insbesondere mit Blick auf ländliche Räume, kleinere Kommunen und eine dezentrale touristische Wertschöpfung?

Rheinland-Pfalz gehört zu den attraktivsten Reisezielen Deutschlands. Nach einer Recherche von PiNCAMP belegt Rheinland-Pfalz mit 12 Plätzen unter den TOP 100 den vierten Platz bei dem Ranking der beliebtesten deutschen Campingplätze. Der Tourismus ist für uns ein zentraler Wirtschaftsmotor, der Arbeitsplätze schafft, regionale Wertschöpfung stärkt und durch den unsere Natur- und Kulturlandschaft Sichtbarkeit und Wertschätzung erhalten. Wir wollen Rheinland-Pfalz zur ersten Adresse für Urlaub in Deutschland machen und die vorhandenen Potentiale weiter ausschöpfen. Dabei ist es uns wichtig, dass der Tourismus nachhaltig und klimafreundlich ausgestaltet ist, so dass unsere einzigartigen Landschaften und Biodiversität in Zukunft erhalten bleiben.

Mit flexiblen Reiseformen, der Nähe zur Landschaft der unterschiedlichen Weinregionen, der dezentralen Wertschöpfung in ländlichen Räumen sowie der Ausübung von Outdoor-Aktivitäten fügt sich das Caravaning sehr gut in das breite Spektrum eines naturnahen Tourismusangebots, das Rheinland-Pfalz bietet. Somit ist das Caravaning ein Baustein des Tourismus, den wir begrüßen und fördern wollen. Insbesondere ländliche Regionen abseits der touristischen Hauptströme profitieren vom Caravaning, deshalb wollen wir bewusst dezentrale Tourismusimpulse setzen, von denen sowohl kleinere Orte als auch deren Besucher:innen profitieren.

2. Stellplätze und kommunale Entwicklung

Was will Ihre Partei konkret tun, um den Ausbau von Reisemobilstellplätzen in Rheinland-Pfalz zu erleichtern und Kommunen dabei wirksam zu unterstützen?

Bereits in der jetzigen Legislaturperiode haben wir Rahmenbedingungen geschaffen, die die Selbstwirksamkeit der Kommunen im erheblichen Maß unterstützen. Wir haben bereits 57 Maßnahmen zum Bürokratieabbau verabschiedet, welche die Arbeit der Kommunen deutlich beschleunigen und erleichtern. Dadurch haben kommunale

Akteure mehr Kapazitäten, um sich z.B. dem Ausbau von Reisemobilstellplätzen zu widmen. Einen bedeutenden Teil der Mittel aus dem Sondervermögen wollen wir in den Ausbau der Infrastruktur investieren. Mit dem Förderprogramm „Dorfbudget“ haben auch kleine Ortsgemeinden, die Gelegenheit, Projekte umzusetzen, die für die Menschen vor Ort nützlich sind. Nicht zuletzt ist es möglich, mit dem Förderprogramm „Verbesserung der Angebotsqualität im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe“ in den Ausbau von Campingplätzen zu investieren. Gefördert werden Investitionsmaßnahmen, die einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Angebotsqualität des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes leisten und mit den Zielen der Tourismusstrategie des Landes Rheinland-Pfalz in Einklang stehen. Wir setzen uns auch weiterhin für den Abbau bürokratischer Hürden, den Ausbau der Infrastruktur sowie für die konsequente Fortsetzung der Tourismusstrategie ein.

3. Landesweite Orientierung für Kommunen

Braucht es aus Sicht Ihrer Partei einen landesweiten Orientierungsrahmen für Kommunen beim Ausbau von Reisemobilstellplätzen, um Qualität zu sichern und Besucherströme besser zu lenken?

Wenn ja: Wie stellen Sie sich diesen vor? Wenn nein: Warum nicht?

Wir haben mit der Tourismusstrategie ein Ziel formuliert und einen Rahmen zu dessen Umsetzung geschaffen. Zudem wurde unter der Federführung der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, die vom Land finanziert wird, das Tourismusnetzwerk ins Leben gerufen. Das Tourismusnetzwerk dient als eine Informations- und Kommunikationsplattform sowie als eine touristische Wissensdatenbank. Die Plattform entstand in Zusammenarbeit mit diversen Akteuren der rheinland-pfälzischen Tourismuswirtschaft, darunter auch dem Verband der Campingplatzunternehmer Rheinland-Pfalz und Saarland e.V.

Ein vom Land vorgeschriebener Rahmen für den Ausbau von Reisemobilstellplätzen ist aus unserer Sicht nicht zielführend, da er maßgeblich in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen würde. Abgesehen von den formalen Hürden sind wir der Meinung, dass die Menschen vor Ort am besten wissen, wie und wo sie Reisemobilstellplätze einrichten und ausstatten. Wir wollen, indes, die Digitalisierung im Tourismus weiter ausbauen und Unternehmen sowie Institutionen gezielt in den Bereichen digitaler Angebote und Online-Marketing unterstützen.

4. Weintourismus und Caravaning

Welche Chancen sieht Ihre Partei in der Verbindung von Weintourismus und Caravaning, etwa durch Stellplätze auf oder bei Weingütern, und wie sollte das Land diese Entwicklung begleiten?

Der Steillagenweinbau prägt einzigartige Kulturlandschaften in Rheinland-Pfalz. Gleichzeitig befindet sich die Weinbranche in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Ob ein Winzer oder Winzerin ihr Portfolio durch Stellplätze für Reisemobile erweitert oder nicht, liegt daher einerseits im individuellen Ermessen des Betreibers und

andererseits im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Schon heute bieten einige Betriebe neben Übernachtungen unterschiedliche Möglichkeiten, um den Weinbau hautnah zu erleben, seien es geführte Wanderungen mit Weinverkostungen mitten in den Weinbergen oder die Teilnahme an der Lese. Dennoch liegt der Haupterwerb dieser Unternehmen im Absatz des Weins. Aus diesem Grund richten sich unsere Maßnahmen auf die Unterstützung der Winzerinnen und Winzer bei der Erschließung neuer Absatzmärkte, der Optimierung des Weinmarketings, Beratungsangeboten bei der Unternehmensnachfolge sowie dem Erhalt des Steillagenweinbaus.

5. EU-Führerscheinrichtlinie

Wie positioniert sich Ihre Partei zur Umsetzung der EU-Führerscheinrichtlinie in nationales Recht, insbesondere im Hinblick auf eine zügige, schlanke und nutzerfreundliche Ausgestaltung sowie die Anhebung der zulässigen Gesamtmasse für Wohnmobile beim Führerschein der Klasse B auf 4,25 Tonnen?

Die Verkehrssicherheit wird in der SPD mit einer hohen Priorität behandelt, weshalb zunächst die Umsetzung der EU-Führerscheinrichtlinie gewährleisten soll, dass Änderungen in der EU-Richtlinie die Sicherheit nicht gefährden. Zudem sind Soziale Mobilität und Teilhabe zentrale Werte der SPD. Eine nutzerfreundliche und bürokratiearme Umsetzung im Sinne vieler Bürgerinnen und Bürger und besonders jüngerer Mobilitätsformen (z. B. Wohnmobile, Carsharing) wird in den Grundsätzen unterstützt.

Bei der EU-Richtlinienumsetzung in das nationale Recht bis Ende 2028 sehen wir die Notwendigkeit eines ausgewogenen, pragmatischen nationalen Gesetzgebungsverfahrens, das Belange der Verbraucher, Sicherheit und wirtschaftliche Praktikabilität berücksichtigt. Mit der Erhöhung der zulässigen Gesamtmasse für Wohnmobile beim Führerschein der Klasse B auf 4,25 t, lässt die EU-Führerscheinrichtlinie den Staaten einen wichtigen Gestaltungsspielraum (z. B. bei der Schulung, bei der Führerscheinprüfung und weiteren Bedingungen), sodass jedes Mitgliedsland selbst entscheiden darf, ob für Wohnmobile eine Zusatzschulung oder eine Prüfung nötig sein wird.